

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1927**

15.1.1927 (No. 12)

# Karlsruher Zeitung

## Badischer Staatsanzeiger

Expedition:  
Karlsruher-  
straße Nr. 14  
Fernsprecher:  
Nr. 953  
und 954  
Postfachkonto  
Karlsruhe  
Nr. 3515

Verantwortlich  
für den  
redaktionellen  
Teil  
und den  
Staatsanzeiger:  
Chefredakteur  
E. A. Mend,  
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3.— RM. einschließlich Zustellgebühren. — Einzelnummer 10 Pf. — Samstags 15 Pf. — Anzeigengebühr 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Siebenteil Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifmäßiger Rabatt, der als Kassenzahlung gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruherstraße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Lagerhaltung, zwangsweiser Verbreitung, und Konturverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streit, Sperrung, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in dem unserer Lieferanten, hat der Inferent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Druckfächer und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatschluß erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wochenschriften, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags

### \* Curtius gescheitert

Wie vorauszu sehen war, ist Dr. Curtius mit seinem Auftrag, ein „Kabinett der sämtlichen bürgerlichen Parteien“ zu bilden, gescheitert. Er hat seinen Auftrag in die Hände des Reichspräsidenten zurückgelegt. Beim Reichspräsidenten liegt nunmehr die weitere Entscheidung.

Dr. Curtius mußte mit seiner Mission scheitern, weil die Deutschnationalen nicht in der Lage waren, dem Zentrum die nötigen Sicherheiten zu geben. Das Zentrum hat von vornherein eine ablehnende Haltung mit den allerschwersten inner- und außenpolitischen Bedenken begründet, die seiner Meinung nach gegen eine Zusammenarbeit mit den Deutschnationalen bestehen. Dr. Curtius war gleichwohl der Ansicht, daß es ihm gelingen könnte, durch direkte Verhandlungen mit den Deutschnationalen diese Bedenken zu zerstreuen. Er hat deshalb eingehend mit den Führern der Deutschnationalen Volkspartei verhandelt und das Ergebnis seiner Besprechungen dem Zentrum mitgeteilt. Dem Zentrum haben seine Mitteilungen aber nicht genügt. Und es ist deshalb bei seiner Ablehnung geblieben.

Genauer ist über diese Verhandlungen noch nicht bekannt geworden. Aber man weiß doch soviel, daß das Zentrum von den Deutschnationalen unzweideutige Erklärungen gefordert hat über ihre Stellung zur Republik, zur bisherigen Außenpolitik, zum Arbeitszeitgesetz und zur Frage der Reichswehrreform. Aus den mannigfachen Pressestimmen der Deutschnationalen und auch aus dem Verhalten des Herrn Curtius geht hervor, daß die Deutschnationalen an sich nicht gezwögert haben, ihre Stellung zu diesen vier Fragen zu präzisieren, und zwar so zu präzisieren, daß Herr Curtius geglaubt hat, ihre Erklärungen könnten befriedigen. Faktisch haben sie aber das Zentrum nicht befriedigt. Und man wird das verstehen können. Man kann es sich in der Tat nicht gut vorstellen, daß die Deutschnationalen über Nacht so sehr umgelernt haben sollten, daß sie für eine Zusammenarbeit mit republikanischen Parteien in Betracht kommen können.

Was wird nun geschehen? Man nimmt an, daß der Reichspräsident nunmehr ein Zentrumsmann mit der Bildung des Kabinetts beauftragen wird. Die Schwierigkeiten sind aber noch wie vor sehr groß. Und zwar liegen sie bei der Deutschen Volkspartei. In Zentrumstreifen denkt man an die Bildung eines Minderheitskabinetts der Mitte mit Unterstützung der Sozialdemokratie. Selbstverständlich würde ein solches Kabinett durchaus arbeitsfähig sein. Vorausgesetzt, daß die Deutsche Volkspartei mitmacht. Diese Voraussetzung ist aber einzuwickeln nicht gegeben. Die Blätter der Deutschen Volkspartei erklären vielmehr mit großer Bestimmtheit, daß von ihnen weder der Gedanke der Großen Koalition, noch der Gedanke einer Koalition der Mitte mit Bindung nach links akzeptiert werden würde. Wenn das heißen soll, daß die Deutsche Volkspartei für eine Koalition der Mitte mit Bindung nach rechts zu haben wäre, dann darf die Tatsache nicht übersehen werden, daß die Deutschnationalen bisher eine derartige Kombination strikte abgelehnt haben; sie wollen in aller Form an der Regierung teilnehmen oder in Opposition treten.

Bei dieser Lage der Dinge wird es allerdings überaus schwer sein, eine Lösung zu finden. Jedenfalls festigt sich immer mehr und mehr die Erkenntnis, daß der von den republikanischen Parteien erhobene Vorwurf, die Deutsche Volkspartei sei letztlich an der ganzen Krisis schuld, gewiß nicht unberechtigt ist. Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei hat sich nun einmal darauf versteift, eine Zusammenarbeit mit der Sozialdemokratie unmöglich zu machen. Dieser Politik diene die Insterburger Rede des Herrn Scholz. In dem Fahrwasser dieser Politik segelt die Fraktion auch heute noch. Und zwar neuerdings mit offener Zustimmung Stresemanns. Wie gemeldet wird, soll sich Stresemann vollkommen von dem Gedanken der Großen Koalition losgelöst haben und das Projekt einer Rechtskoalition aufzuspüren. Diese Lösung ist vielleicht das Erstaufrichtige, das man in den letzten Wochen auf dem Gebiet unserer Politik erlebt hat. Denn Stresemann ist ja nicht nur Parteiführer, sondern auch Außenminister und muß ja am besten wissen, wie sehr er sich seine eigene Außenpolitik erschweren würde, wenn er mit einem Kabinett vor die Öffentlichkeit träte, in welchem die Deutschnationalen den maßgebenden Einfluß ausüben.

Die Sozialdemokratie verhält sich ruhig und abwartend. Sie betont immer wieder ihre Bereitschaft, die

Krisis lösen zu helfen und unter Umständen auch in ein Kabinett einzutreten. Aber sie bezeichnet es mit Recht als fraglich, ob die Deutsche Volkspartei für eine solche Zusammenarbeit mit der Sozialdemokratie zu haben sein wird. Da man wohl kaum das Experiment mit der Weimarer Koalition wagen wird, ist es nach alledem durchaus möglich, daß der Reichstag aufgelöst wird.

### Der internationale demokratische Kongreß in Karlsruhe

Heute Samstag tritt in unserer badischen Landeshauptstadt die internationale Vereinigung der demokratischen Parteien zu ihrer diesjährigen Tagung, der ersten auf deutschem Boden, zusammen. Es kommen Vertreter der Parteien aus den einzelnen Ländern hierher, welche sich in engerem Sinne demokratische Parteien nennen, wie die „Deutsche Demokratische Partei“, die französische „Radikal-Soziale Partei“, (die jedoch keine sozialistische Gruppe ist, sondern trotz ihres Namens eine bürgerlich demokratische Partei), Demokraten aus der Schweiz, Belgien, Dänemark, Holland, Polen, Finnland und der Türkei. Daß eine derartige Tagung nun auf deutschem Boden zustande gekommen ist, und daß sich hier Vertreter von Ländern zu verständigungswilliger Aussprache treffen, die im Weltkrieg zum großen Teil als Gegner gegenüberstanden, ist zweifellos ein hoch erfreuliches Faktum.

Es gibt keine demokratische „Internationale“ nach sozialistischem Muster, und ihre Schaffung ist auch nicht beabsichtigt und nicht möglich. Die Vereinigung der demokratischen Parteien, die heute hier zusammentritt, will vor allem Aussprache und Verständigung pflegen und auf diese Weise dem großen europäischen überstaatlichen Ziel dienen. Die demokratischen Parteien haben in allen Ländern eine lange, große und ehrenvolle Vergangenheit, und überall gehören ihnen bedeutende, großes Ansehen genießende führende Persönlichkeiten an. Demokratie kann sich entsprechend ihrem ganzen Inhalt nirgends von der Nation lösen, aber gerade weil ihr Ideal das individualistische im guten und besten Sinne des Wortes ist, deshalb hat eine derartige internationale Aussprache besonderen Wert. Es treffen hier Männer von ausgesprochenem Nationalbewußtsein zusammen, die aber, was im Gedankens jeder Demokratie liegt, auch dem anderen sein Recht zu geben und ihn zu verstehen bestrebt sind. Diese „Internationale“ ist nicht die einer Klasse, eines religiösen Bekenntnisses, sondern lediglich die des menschlichen und staatsbürgerlichen guten Willens, der nicht zuletzt auch ein gutes Europäertum erstreben muß.

So ist auch die Karlsruher Tagung in der Hauptsache Vorarbeit, wichtige Pionierarbeit in den nach dem Weltkrieg noch immer umherliegenden Trümmern. Wir heißen die Gäste aus aller Welt herzlich willkommen und haben die sichere Hoffnung, daß von Karlsruhe aus weiteres Vertrauen gefunden und wieder ein Schritt auf dem weiten und schweren Weg zur Verständigung getan wird.

Die deutsch-französischen Verhandlungen. Bei der Unterredung mit General Paradié überreichten am Freitag in Paris General Pawelz und Geheimrat Forster, wie vorausgemittelt, schriftlich niedergelegte Vorschläge, die von den militärischen Sachverständigen eingehend geprüft wurden. Sie seien bereits jetzt der Ansicht, daß sie eine Verhandlungsbasis in der Frage der Disarmierungen bilden könnten. Das berichtet ferner, was das Problem der Herstellung von Kriegsmaterial betreffe, so wiesen die für die Vorkonferenz aus Berlin eingetroffenen Nachrichten darauf hin, daß die Besprechungen günstig fortgeschritten. „Echo de Paris“ will erfahren haben, daß das Interalliierte Militärkomitee den Rat erhaten habe, auf die deutschen Vorschläge betreffend die deutschen Disarmierungen nicht mit Weigerungen oder Befehlen zu antworten, sondern mit Änderungsvorschlägen und Zusatzanträgen. Das würde besagen, daß der Plan des Generals Pawelz die Unterbreitung eines Gegenplanes nach sich ziehen würde.

Die Reichseinnahmen im Dezember. Nach einer Übersicht des Reichsfinanzministeriums betragen die Einnahmen des Reiches an Besitz- und Verkefsteuer im Dezember v. J. 326 469 764 RM. und für die Zeit vom 1. April bis 31. Dezember 3 499 288 700 RM. gegen den Voranschlag von 4 506 000 000 RM. An Zöllen und Verbrauchsabgaben kamen 240 803 207 RM. bzw. 1 793 726 666 RM. auf gegenüber 1 959 300 000 RM. im Voranschlag. Die Summe der sonstigen Abgaben (Protektoratvergabe) beträgt 27 752 000 RM. bzw. 223 728 000 RM. Danach wurden im ganzen 567 300 723 RM. bzw. 5 293 240 094 RM. gegenüber 6 685 138 792 RM. im Voranschlag vereinnahmt.

Ein Rede Briand vor dem Auswärtigen Ausschuß. Wie der „Petit Parisien“ mitteilt, habe Außenminister Briand erklärt, er werde verlangen, am nächsten Mittwoch vom Auswärtigen Ausschuß der Kammer gehört zu werden. Was die außenpolitische Aussprache betreffe, so werde sie ohne Zweifel in naher Zukunft vor dem Senat stattfinden.

### Die Regierungsbildung im Reich

Die Abgabe des Zentrums

Das Ergebnis der Verhandlungen des Reichswirtschaftsministers Dr. Curtius mit dem Zentrum war dessen Abgabe. Das Zentrum hielt an den Bedenken fest, die ihm „unter den gegenwärtigen politischen Verhältnissen“ die Mitwirkung an der von Herrn Curtius beabsichtigten Regierungsbildung unmöglich machen. Dies wurde dem Reichswirtschaftsminister durch die Zentrumsfraktion in einem Schreiben mitgeteilt. Daraufhin hat Dr. Curtius am Freitag abend den Auftrag zur Regierungsbildung dem Reichspräsidenten zurückgegeben. Amtlich wird darüber gemeldet:

„Reichsminister Dr. Curtius berichtete Freitag abend dem Herrn Reichspräsidenten über die durch das Schreiben des Vorsitzenden der Zentrumsfraktion an ihn geschaffene Lage und erklärte, daß damit sein Versuch der Bildung einer Mehrheitsregierung unter Zuziehung der Deutschnationalen gescheitert sei. Der Herr Reichspräsident befiel sich seine weitere Entscheidung noch vor.“

Die Zentrumsfraktion des Reichstags hat Freitag nachmittag nach einstündiger Beratung entsprechend dem Vorschlag ihres Vorstands einstimmig dem Entwurf des oben erwähnten Abgabeschreibens zugestimmt. Es hat folgenden Wortlaut:

„Sehr verehrter Herr Minister!  
Ich bestätige dankend den Empfang Ihres Schreibens vom 14. Januar d. J. Dasselbe ist Gegenstand eingehender Erwägung gewesen. Aus diesem Schreiben haben wir ersehen, daß Sie, Herr Minister, lediglich die Aufgabe übernommen haben, sachliche Verhandlungen zum Zwecke der Herbeiführung einer Koalition zu führen. Unter den gegenwärtigen politischen Verhältnissen unterliegt die von Ihnen beabsichtigte Regierungsbildung für uns nach wie vor den schwersten Bedenken, die Ihnen von unsern Beauftragten und auch namens unseres Herrn Parteivorstandes Dr. Marx dem Herrn Reichsaußenminister Stresemann dargelegt worden sind. Wir halten den Versuch der Bildung einer Regierung der Mitte nach Lage der Dinge für den gegebenen Weg zur Beilegung der Krise. Wir können uns daher von einer Fortführung Ihrer Verhandlungen auf der Grundlage Ihres Schreibens vom 14. Januar keinen Erfolg versprechen. Ein Eingehen auf die in diesem Schreiben mitgeteilten Richtlinien dürfte sich danach erübrigen.“

Mit verbindlichen Empfehlungen und ausgezeichnete Hochachtung

b. Guérard, stellvertretender Vorsitzender.

Der wesentliche Inhalt des Briefes, den Dr. Curtius an Dr. v. Guérard geschrieben hatte und auf den sich dieser in seiner obigen Antwort bezieht, ist dem WTB zufolge folgender: Dr. Curtius stützt auf der Grundlage der Verhandlungen mit den Vertretern der Zentrumsfraktion auf der einen und der Deutschnationalen Volkspartei auf der anderen Seite für diejenigen Fragen, die den Hauptgegenstand dieser Besprechungen bildeten, Richtlinien für ein Koalitionsregierungsprogramm. Er drückt dann die Annahme aus, daß die Deutschnationale Volkspartei diese Richtlinien als eine geeignete Grundlage über ein vollständiges Programm akzeptieren würde und bittet die Zentrumsfraktion ihrerseits, zu erklären, daß sie bereit sei, diese Grundlage für weitere Verhandlungen anzunehmen. Schließlich erklärt Dr. Curtius zur Befriedigung eines Mißverständnisses, daß er zunächst nur die Aufgabe übernommen habe, sachliche Verhandlungen zum Zwecke der Bildung einer Koalition zu führen, und daß nach seiner Auffassung bei sachlicher Einigung das Zustandekommen der geplanten neuen Regierung nicht an der Frage der Führung scheitern würde. Das habe er dem Herrn Reichspräsidenten gegenüber auch bereits vor der Entgegennahme des Auftrags wiederholt betont.

Der Ältestenrat des Reichstages beschloß am Freitag an der ursprünglichen Absicht festzuhalten, die erste Plenarsitzung am Mittwoch, den 19. Januar abzuhalten. Auf die Tagesordnung wird die Entgegennahme einer Erklärung der Reichsregierung gesetzt werden. Sollte sich aber die Neubildung der Regierung verzögern, so wird trotzdem an der Sitzung am 19. Januar festgehalten. Der Reichstag wird dann seine Beratungen mit kleineren Vorlagen beginnen.

### Die Deutsche Volkspartei

Wie das WTB aus parlamentarischen Kreisen erfährt, wird der Fraktionsvorstand der Deutschen Volkspartei für Montag vormittag zu einer Sitzung zusammenberufen werden, in der er zu der neugeschaffenen Lage Stellung nehmen wird. Im Reichstag verläutet, daß nach Auffassung der Deutschen Volkspartei und nach dem Abschluß der ersten Phase der Verhandlungen über die Regierungsbildung die große Koalition oder eine Koalition der Mitte mit Bindung nach links nicht in Frage kommt.

Die Wirtschaftliche Vereinigung ist für Montag zu einer Fraktionsitzung berufen worden. Das Zentrum wird erst am Dienstag eine neue Fraktionsitzung abhalten.

### Die neue Lage

Das Zentrum schlägt vor, den Versuch zu unternehmen, eine neue Regierung der Mitte zu bilden, wobei die Möglichkeit offengelassen ist, nach links und rechts derartige Versuche zu unternehmen. In Berliner parlamentarischen Kreisen nimmt man an, daß sich der Reichspräsident im Laufe des heutigen Samstags darüber entscheiden wird, ob er nunmehr eine andere Persönlichkeit an Stelle von Dr. Curtius mit Verhandlungen über die Regierungsbildung betraut. Er dürfte vorher die Führer der wichtigsten Reichstagsfraktionen im Laufe des heutigen Samstags empfangen.

W.D.Z. Berlin, 15. Jan. (Tel.) Reichspräsident v. Hindenburg hat sich, wie das Nachrichtenbüro des W.D.Z. hört, noch nicht darüber entschieden, ob er noch einmal Dr. Curtius oder

ob er eine andere Persönlichkeit damit beauftragt, Verhandlungen über die Neubildung der Regierung zu führen.  
Der Reichspräsident empfing heute vormittag 10 1/2 Uhr den stellvertretenden Vorsitzenden der Zentrumsfraktion, v. Guérard. Aus diesem Grunde vertagte der Hauptausschuß des Reichstages, in dem v. Guérard ein wichtiges Referat halten sollte, den Beginn seiner Sitzung um eine Stunde später. Vor dem Abg. v. Guérard hatte der Reichspräsident noch den Abg. Westphal von den Deutschen Nationalen zu einer kurzen Besprechung empfangen.

## Politische Neuigkeiten

### Der Haushaltsausschuß des Reichstages

Lehnte am Freitag die Beratung des Haushaltsplanes für 1927 beim Reichsjustizministerium fort.  
Auf kommunistische Ausführungen erklärte Justizminister Dr. Sell: Staatssekretär Joel sei im Gegenteil bestrebt, alle Gefahren von der deutschen Republik abzuwenden, die durch gewaltsame Störung der Verfassung und der öffentlichen Sicherheit drohten. Auch müsse der Minister den Vorwurf als jeder Begründung entbehrend zurückweisen, als ob bei der Anwendung hochverräterischer gewalttätiger Angriffe gegen die Republik parteiisch oder einseitig verfahren werde.

Zum Staatsrat „Reichsgericht“ nahm Abg. Dr. Rosenfeld (Soz.) gegen die Rede des Präsidenten des Reichsgerichts, Dr. Simons, vom 9. November v. J. Stellung. Er habe geglaubt, daß es sich um eine Krise des Vertrauens der Justiz handele und habe dafür die These aufgestellt, daß wir in eine Krise des Vertrauens der Justiz zum Staate eintreten würden. Es sei nicht zu begreifen, daß ein Mann wie Simons sich so grundlegend gewandelt habe. Unschön sei auch die Beurteilung Simons über die sozialdemokratischen Richter. Simons möge sich lieber um die Vorgänge im Reichsgericht in Leipzig selbst kümmern. Es sei dort gebräuchlich, daß die Untersuchungsfrist 6, 9 oder gar 12 Monate in die Länge gezogen werde.

Reichsjustizminister Dr. Sell erwiderte, daß die Rede des Präsidenten des Reichsgerichts keine Amisbehandlung gewesen sei. Nach der Verfassung habe in der deutschen Republik jeder Staatsbürger das Recht der freien Meinungsäußerung. Allerdings könne und dürfe niemandem die Qualifikation zum Richteramt abgesprochen werden, nur weil er zur sozialdemokratischen Partei gehört. Angenommen wurde ein Antrag Rosenfeld (Soz.), der die Vorlage einer statistischen Übersicht über Entschädigungen für unschuldig erlittene Haft verlangt.

### Ein Reichserlaß gegen die militärische Betätigung von Verbänden

Der Reichsminister des Innern hat an die Landesregierungen ein Rundschreiben gerichtet, in dem diese ersucht werden, in allen Fällen, wo Nachrichten über eine militärische Betätigung von Verbänden ausfinden, unverzüglich die notwendigen polizeilichen Ermittlungen anstellen zu lassen. Ergeben die polizeilichen Ermittlungen eine tatsächliche militärische Betätigung, so sind die Vereinigungen aufzulösen. Ergeben die Ermittlungen immerhin einen Verdacht, so ist der betr. Verband unter Hinweis auf die gesetzlichen Bestimmungen ausdrücklich zu warnen.

Wie der Amtliche Preussische Pressedienst dazu mitteilt, erklärte der preussische Minister des Innern, daß er im Falle der Zuwiderhandlung gegen die gesetzlichen Bestimmungen durch Auflösung der betr. Vereinigungen unmissverständlich einschreiten werde.

### Gegen ungeheuliche Einstellungen in die Reichswehr

Die neueste Nummer des Reichsgesetzblattes enthält eine Verordnung über ungeheuliche Einstellungen in die Reichswehr. Die Verordnung ist vom 31. Dezember 1926 datiert, vom Reichspräsidenten genehmigt und vom Reichswehrminister gegenzeichnet und bezieht sich auf Grund des § 11 des Wehrgesetzes vom 23. März 1921 u. a. jede Aufnahme junger Leute, die nicht geschäftlich eingestellt sind, in die Kasernen, Ausbildungslager und in die Truppenteile, sei es auf Probe oder für freiverbende Stellen, sei es für einen Ausbildungsgang oder zur zeitweiligen Erhöhung der Mannschafsstärke. Desgleichen wird die Vorbereitung und Ausbildung von Reservisten im allgemeinen sowie von Reservistoffizieren im besonderen verboten.

Die Sparanlagen bei den deutschen Sparkassen dürften im Dezember 1926 die 3 Milliarden-Grenze überschreiten. Die anbauende Steigerung der Einlagebestände in den vorangegangenen Monaten hat sich auch im November v. J. fortgesetzt. Am Ende dieses Monats belief sich der Bestand an Sparanlagen schon auf 2 986 072 000 Mark, gegenüber 2 824 099 000 M. am Ende Oktober 1926.

## Karlsruher Konzerte

Das fünfte Sinfonie-Konzert des Bad. Landestheaterorchesters brachte in Wirkung und Ausmaß sehr verschiedene Instrumentalwerke. Zunächst hörte man die Ouvertüre zum „Rechercher der Gelfer“, in der sich der Romantiker G. M. v. Weber schon recht vernachlässigt anläßt, obwohl es sich dabei um eine Jugendschöpfung handelt. Gegenüber zu dieser noch ins zarteste Frührot der romantischen Entwicklung getauchten Musik bildete Debussys Orchesterwerk „Signes“, das erste Produkt der von dem Führer der französischen Impressionisten veröffentlichten Folge „Images pour orchestre“. Kein Zweifel, man kann das, was Debussy europäische Geltung verschafft hat, besser aus seinem „Nachmittag eines Fauns“ oder gar aus „Pelleas et Melisande“ ablesen. Es wäre vielleicht überhaupt einmal sehr interessant gewesen, an typischer gewählter Musikpoemen den Kontrast zwischen germanischer Jugendlichkeit und romanischer Spätkultur aufzuzeigen. Denn ehe man recht hinort und sich in die uns wesenfremde Tonsprache hineinlebt, sind die delikaten Farbenmischungen der „Signes“ schon vorbeigehuscht und ihre Kleinfächelarbeit hinterläßt keinerlei gültigen Eindruck. Es war daher dem breiten Publikum nicht zu verdenken, wenn es das Gehörte etwas verwundert aufnahm und nur vereinzelt seiner Anerkennung durch Beifall Ausdruck gab. Den Kern der ganzen Vortragsfolge stellten darauf die „Phantastischen Erscheinungen eines Themas von Hector Berlioz“ von Walter Braunfels dar. Man hat hier das große Variationswerk (op. 25) des begabten Komponisten schon früher aufgeführt. Inzwischen hat Braunfels eine zweite, im Kontrast ebenfalls wirkungsvolle Schöpfung (Don Juan-Variationen) sowie erst kürzlich ein „Präludium und Fuge“ bezeichnetes Orchesterstück folgen lassen. Er scheint in der Tat einer unserer fruchtbarsten, wenn auch nicht besonders originell produzierenden Zeitgenossen. An den Berlioz-Variationen imponierte wieder das technische Können, d. h. eine an Berlioz selbst, aber auch an Wagner, Strauß und Liszt gleich gereifte Sinfonie, die zur sinnfälligen Kontrastierung auch einige satirische Glossen im satirisch bekannten Till Eulenspiegel-Stil nicht verschmäht. Diesen positiven Vorzügen eines künstlerischen Naturells wurde die Wiedergabe vollhaft

## Aus der Deutschen Studentenschaft

Der in Bonn zusammengetretene außerordentl. Kreistag des Kreises V (Westdeutschland) der Deutschen Studentenschaft, zu dem die Universitäten Köln, Bonn, Frankfurt, Münster, Marburg, die Technische Hochschule Aachen, die Landwirtschaftliche Hochschule Bonn-Koppelsdorf, die Philosophisch-Theologische Hochschule Baderborn und die Medizinische Akademie Düsseldorf ihrer Vertreter entsandt hatten, gab nach ausführlicher Erörterung des Vorgehens bei der Verfassungsfeier, sowie der Weihnachtshochzeit des preussischen Kultusministeriums zum Schluß der Tagung eine Erklärung ab, worin der zuversichtlichen Erwartung Ausdruck gegeben wird, daß im Einverständnis mit den staatlichen Stellen ein Weg gefunden wird, der die Zusammenarbeit aller deutschen Studenten auf großdeutscher Kulturgrundlage sicherstellt.

Die Pensionierung des Generals Lüttwig. Über die vom Reichswehrministerium eingeleitete Pensionierung gegen das Urteil des Berliner Landgerichts I, wodurch dem General Lüttwig und dem General Bischoff eine Gehaltsreduzierung ausgestellt worden ist, wird laut „R. Z.“ das Kammergericht am 18. Februar verhandeln. Aus einer Mitteilung des „R. Z.“ wird bekannt, daß das Reichsverwaltungsgericht in einer Sitzung vom 23. November 1926 ein Urteil des Verwaltungsgerichts Berlin zugunsten des verabschiedeten Generals von Lüttwig abgeändert hat und zwar dahin, daß General von Lüttwig die Pension, die jährlich 16 068 M. beträgt, rückwirkend bis zum 1. Januar 1923 nachzuzahlen ist. In der Begründung des Urteils beruht sich das Gericht auf die Annullierung des Generals von Lüttwig.

Die Sozialdemokratie und die Groß-Hamburg-Frage. Eine Verammlung von Delegierten der Sozialdemokratischen Partei Hamburgs stimmte dem von der sozialdemokratischen Bürgerfraktion unterbreiteten Vorschlag zur Groß-Hamburg-Frage zu. Dem Parteihauptvorstand wurde folgender Antrag unterbreitet: 1. Alles zu tun, um gemeinsam mit den Nationalen neue Verhandlungen zu einer weitestgehenden und vernünftigen Regelung der Hamburger Hafen-, Siedlungs- und Verkehrsfragen zustande zu bringen; 2. endlich dem Beschlusse des Augsburger Parteitag nachzukommen und eine Kommission einzusetzen, die für die Sozialdemokratische Partei Deutschlands Richtlinien für den Ausbau der deutschen Republik als Einheitsstaat aufstellt.

## Kurze Nachrichten

Die thüringischen Wahlen. Am Freitag ist die Frist für die Einreichung der Kandidatenliste für die thüringischen Landtagsneuwahlen abgelaufen. Es liegen insgesamt neun Listen vor: Die Einheitsliste der Deutschen Nationalen Volkspartei, des Landbundes und der Deutschen Volkspartei, ferner Listen der Demokraten, der Sozialdemokraten, der R. P. D. und der Kommunistischen Arbeitsgemeinschaft, der Aufwertungs- und Wirtschaftspartei, der Nationalsozialisten und der Deutschen Sozialisten.

Der Reichstagsausschuß für Beamtenangelegenheiten begann am Freitag mit der zweiten Lesung des Entwurfes einer Reichsdienststrafordnung. — Nach mehrstündiger Beratung, in der verschiedene Änderungsanträge zur Sprache kamen, wurde die Beschlußfassung über § 1 bis zur dritten Lesung aufgeschoben. — § 2, der als Dienststrafen Warnung, Verweis, Geldstrafe, Strafverweisung und endlich Dienstentlassung benennt, wurde nach der Regierungsvorlage angenommen.

Der Reichstagsausschuß für Bildungsweesen setzte am Freitag die Generaldebatte über die beantragte Änderung des Paragraphen des Grundschulgesetzes, der die Aufhebung der privaten Vorschulen und der Vorschulen fordert, fort. Beschlüsse wurden noch nicht gefaßt.

Die deutsche Einwanderung nach Kanada. Wie das Hamburger Büro der Canada Pacific Linie mitteilt, haben die kanadischen Einreisebestimmungen für Deutsche eine grundlegende Änderung erfahren. Während bisher zur Einreise nach Kanada nur Landarbeiter zugelassen wurden, die sich als solche in Kanada betätigen, ist nunmehr die Einreise sämtlicher deutschen Reichsangehörigen aller Berufe gestattet.

Die Käse der Staatenlosen. Der Sachverständigenausschuß zur Frage der Ausstellung von Ausweispapieren für Personen ohne Staatsangehörigkeit hat, wie aus Genf gemeldet wird, seine Arbeiten beendet. Er hat das Projekt zur Schaffung eines Passes für Personen ohne Nationalpaß ausgearbeitet und verschiedene Empfehlungen aufgestellt. Die Verkehrs- und Transfittkommission des Völkerbundes wird sich auf ihrer nächsten Tagung mit diesem Problem beschäftigen.

gerecht. Generalmusikdirektor Josef Krips interpretierte die (etwas gefürzten) Entwicklungsschritte des fantastischen Themas mit solvel Gefälligkeit, daß es langanhaltenden Applaus gab. Auch dem Orchester durfte man ein „Bravo bravissimo!“ zusetzen.

Die Altistin Renne Mauser von der Berliner Stadt. Oper — eine geborene Karlsruherin — weicht sich auch im Konzertsaal rasch die Gunst der öffentlichen Meinung zu sichern. Herr Mauser von ihr eine altitalienische oder altdeutsche Arie, so gewinnt man sofort den Eindruck einer Auserwählten, und daß sie in mehr als einer Beziehung eine Begnadete ist, erweist die tiefe Innigkeit, mit der sie deutsche Lyrik erfährt. Reinhold möchte man von einem Überschwang des Gefühls reden, weil infolge der Begrenztheit des Raumes (Vier Jahreszeitenaal) die Stimme oft übermäßig lang. Aber es wirkte alles zugleich doch so spontan und impulsiv und quoll so stark von innen heraus, daß es nicht unangenehm empfunden wurde. Ein durchdrachter, sorgfältig ausgearbeiteter Vortrag bürgte außerdem dafür, daß die voluminöse, wohlgebildete Altstimme stets eine gewisse Schönheitslinie wahrte. Leider hatte die Sängerin zumal für die langhalsigen Kostbarkeiten von Schubert, Weismann und Wolf in Kitty v. Teufel keine ebenbürtige Begleiterin gefunden. Da lang jedes Forte fürchtbar hart, das Piano dagegen, namentlich in der Kantilene, völlig substanzlos; auch eine leichte Reizung zum Schließen kam auf Kosten der Klarheit, wie überhaupt die Belebung vom Flügel her oft nicht genügend differenziert war. — Eine halbe Stunde war es mir am gleichen Abend noch möglich, ein junges Podiumtalent anzuhören. Im dritten Meisterkonzert der Konzertdirektion Kurt Reußfeld spielte erstmals Alma Maria Kose, die Tochter des berühmten Wiener Quartettführers. Noch befißt sie nicht die letzte technische und musikalische Sicherheit, noch verfügt sie über zu wenig Substanz und Energie der Tonerzeugung, noch fehlt es ihrem Vortrag an flug bewusster Abschattierung; aber die Voraussetzungen für all dies sind offenbar vorhanden, und schon strömt eine Welle warmen Kluges durch ihren Geist. Nach ein oder zwei Jahren wird man sicher von dieser Geigerin Großes erwarten dürfen. Denn das Fundament, auf dem sich weiterbauen läßt, ist gut, und jene höheren Dinge werden sich dank der ausgeprägten Musikalität

## Badischer Teil

### Badischer Landtag

#### Zur Verlegung der Landtagssitzung

auf Mittwoch, 19. d. M., ist erklarend zu bemerken, daß die am 18. Januar allgemein stattfindenden Reichsgründungsfeiern (nicht etwa eine lokale Reichsgründungsfeier) die Ursache der Verlegung waren. Die erste öffentliche Landtagssitzung im neuen Jahre findet also am nächsten Mittwoch, nachmittags 1/4 Uhr statt.

### Lautforschung und Polizeiwissenschaft

Es ist eine der ersten Pflichten einer modern geleiteten Polizei mit Wissenschaft und Technik aufs engste zusammen zu arbeiten, deren neueste Errungenschaften immer wieder auf ihre Verwendbarkeit für polizeiliche Zwecke zu prüfen und sie gegebenenfalls in den Dienst ihrer wichtigsten Aufgabe, der Bekämpfung des Verbrechens, zu stellen. Ein für die Kriminalistik noch wenig erschlossenes Gebiet ist die Lautforschung, die Sammlung und wissenschaftliche Bearbeitung aller auf der Schallplatte festgehaltenen Laute, der menschlichen oder tierischen Stimme, der Musik, der Klangzeichen-Sprache u. a. m. Es gibt wohl kaum ein wissenschaftliches Gebiet, dem die Lautforschung nicht neue Werte und Anregungen vermitteln kann, sei es die Phonetik oder die Musikwissenschaft, die Völkerkunde, die Kulturwissenschaft, die Medizin, die Naturwissenschaft und, last not least, auch die Polizeiwissenschaft und Technik.

Es ist darum ein besonderes Verdienst der Freien Vereinnigung für Polizeitechnik in Karlsruhe, daß es ihr gelungen ist den Begründer und rastlosen Vorämpfer dieser Lautforschung, den Direktor der Lautabteilung der preuß. Staatsbibliothek, Prof. Wilhelm Doegen zu einem Laut- und Lichtbildvortrag über „Stimmbilder im Dienste der Kulturkunde unter besonderer Berücksichtigung der polizeilichen Interessen“ zu gewinnen.

Die Lautabteilung des Prof. Doegen in Berlin ist heute schon nach nicht ganz 7 Jahren ihres Bestehens, zu einer umfangreichen, wissenschaftl. hochbedeutenden Lautbibliothek angewachsen die, in 12 Räumen untergebracht, einzigartig in der Welt dasteht. In mehr als 3000 Lautplatten, die als Kupfermatriken unbegrenzte Dauer haben, sind u. a. die Sprachen von über 250 Völkern der Erde gesammelt. Dazu kommen die musikalischen Sammlungen, die Stimmnahmen berühmter Persönlichkeiten u. a. m.

In mehr als zweistündigem fesselnden und anregenden Vortrag gab Prof. Doegen zunächst einen Überblick über das interessante Gebiet der Lautforschung nach Klangform, Tempo, Resonanz, nach Klangfarbe und Klangfigur. Von besonderer Bedeutung ist bei dieser Forschung der von Doegen erfundene Lauthalter, mit dessen Hilfe jeder Teil einer Rede oder eines Musikstückes, ja jeder einzelne Ton, beliebig oft wiederholt werden kann. Dadurch ist es möglich, jede einzelne Laut- und Töneigenümlichkeit genau zu beobachten. Gerade die Möglichkeit einer so genauen und ins einzelne gehenden Durchprüfung des Stimmbildes dürfte die Lautforschung zu einem bedeutenden Hilfsmittel der modernen Verbrechensbekämpfung machen. Wie der Fingerabdruck jedes einzelnen Menschen verschieden ist, so hat auch jeder Mensch eine besondere Klangfarbe, besondere Eigenümlichkeiten im Sprechen, in der Klangform oder Klangfigur.

Es ist z. B. festgestellt, daß alle prominenten Verbrecher eine auffallend harte Stimme haben. Prof. Doegen hat auf dem Gebiet der Lautuntersuchung bei Verbrechern schon sehr beachtenswerte Studien gemacht. Eine Reihe von Lautplatten, verbunden mit Lichtbildern, die von Verbrechern, von Betrügern, Straßensängern u. a. aufgenommen wurden, ließ erkennen, ein wie weites und wichtiges Hilfsgebiet der Kriminalistik hier noch zu bearbeiten ist.

Im zweiten Teil seines Vortrages brachte der Redner dann noch eine Anzahl hochinteressanter Lautplatten aus der völkerkundlichen Abteilung seiner Bibliothek zu Gehör. Es handelt sich hier um Lautaufnahmen, die während des Weltkrieges in den deutschen Kriegsgefangenenlagern, in denen bekanntlich fast alle Völkerstämme der Erde vertreten waren, gemacht wurden. Hier sind der Nachwelt sprach- und völkerkundliche Werte geschenkt und aufbewahrt worden, die teilweise vorher noch kaum bekannt waren. Den Schluß des Vortrages bildete die Wiedergabe einiger Lautaufnahmen führender Persönlichkeiten, man hörte u. a. Reichskanzler von Bethmann-Hollweg, Reichspräsident Ebert und den indischen Dichterphilosophen Rabindranath Tagore.

Der Vortrag wurde von den Mitgliedern der Freien Vereinigung für Polizeitechnik mit lebhaftem Interesse aufgenommen. In seiner Begrüßung wie in seiner Dankesansprache wies der 1. Vorsitzende, Gendarmereioberleutnant Dieck, auf die besondere Bedeutung hin, die der Lautforschung

bold hinzuerwerben lassen. Ich hörte gerade noch kurze Stücke von Rardini und Jarzadi; vorausgegangen waren größere Sachen von Beethoven, Bach und Mendelssohn. Georg Mantel begleitete, in Sachs Doppelkonzert hatte außerdem Prof. A. Kose selbst mitgewirkt. Sein Name hatte diesmal merkwürdigerweise nicht die sonst so starke Anziehungskraft ausgeübt. S. Sch.

Die Heidelberg Festschiffe 1927. Der Verein Heidelberg Festschiffe hielt am Dienstag, den 11. Januar in der Stadthalle eine Sitzung des Großen Ausschusses und anschließend eine Mitgliederversammlung ab. Die Mitgliederversammlung beschloß, im Jahre 1927 die Heidelberg Festschiffe unter der künstlerischen Leitung Gustav Hartungs von Ende Juli bis Mitte August zu veranstalten. Die Spielstätte der Festschiffe sollen vornehmlich wieder Hof und Landhaus des alten Schlosses sein. Für den Schloßhof werden als Nachvorstellungen „Die Räuber“ von Schiller einstudiert. Außerdem wird der „Sommerabend“ wieder in den Spielplan aufgenommen. Für den Landhausaal, der nach den Erfahrungen des letzten Jahres die notwendigen akustischen Verbesserungen erfahren wird, sind Inszenierungen von Kleist und Büchner geplant, deren stilistische Eigenart sich besonders in diesen Raum einfügt. Außerdem schweben Verhandlungen über eine Uraufführung, die noch nicht abgeschlossen sind. Wie weiter mitgeteilt wird, wird sich der Verein Heidelberg Festschiffe an der Deutschen Theaterausstellung in Magdeburg 1927 beteiligen und zur Erlangung eines künstlerischen Patentes für die Festschiffe ein Preisanschreiben unter der deutschen Künstlerchaft veranlassen.

Ständige Kunstausstellung in Baden-Baden. Die diesjährige Ausstellung wird Anfang März eröffnet. Berechtigt zur Einwendung sind außer den Mitgliedern der Freien Künstlervereinigung Baden die im Lande Baden lebenden oder daselbst geborenen Künstler. Die Papiere zur Beteiligung liegen bereits vor und sind erhältlich in der Geschäftsstelle der Ständigen Kunstausstellung in Baden-Baden sowie in der Akademie der bildenden Künste in Karlsruhe und in der Landesmusikschule in Karlsruhe. Die Einwendung der Werke hat bis 10. Februar zu erfolgen.

für Polizeiwissenschaft und Technik gewinnen kann. Er bewirkt was auch Prof. Doegen bestreitet, die Bedeutung der polizeitechnischen Phonetik in Verbindung mit Rundfunk und funktetelegraphischer Stimm- u. Bildübertragung. Der Vortrag sollte ferner mit, daß dieser Vortrag der Anfang eines Vortragszyklus sei, in dem die freie Ber. f. Polizeitechnik in diesem Jahre eine Reihe wichtiger Probleme des neuzeitlichen Polizeiwesens zu behandeln gedenkt.

### Badischer Städtetag

Freiburg, 14. Jan. Im historischen Kaufhaus am Münsterplatz begannen heute die Verhandlungen des Badischen Städtetages, denen Vertreter aus allen Landesteilen teilnahmen. Die Tagung wurde eröffnet mit einer Begrüßung des Vorsitzenden des Badischen Städtetages, Oberbürgermeister Dr. Walz (Heidelberg), an die Vertreter der badischen Regierung, insbesondere den Innenminister Memmel, wozu er sich die Notwendigkeit einer ausreichenden Unterstützung der Städte durch die Landesregierung und Begrüßung der anwesenden Mitglieder des Landtages, darunter den Präsidenten Dr. Baumgartner, den Landeskommissar Geh. Oberregierungsrat Dr. Schneider usw. Seitens der Stadt Freiburg sprach Oberbürgermeister Dr. Bender herzliche Willkommensworte, während der Präsident des Deutschen Städtetages, Dr. Müller (Berlin), die Grüße seiner Organisation überbrachte, mit denen er die besten Wünsche der anwesenden Vertreter des Badischen Städtebundes, des Württembergischen Städtebundes, des Badischen Städtebundes und des Verbandes der badischen Landgemeinden verknüpfte. Seine Anwesenheit auf der Tagung des Badischen Städtebundes diene der Herstellung einer engeren Verbindung zwischen der Zentralorganisation und den Landesverbänden. Der Kampf der Selbstverwaltungskörper gelte den übertriebenen Zentralisierungsbestrebungen, die mehr und mehr eine Verminderung der Selbstverwaltung verfolgten.

Im Rahmen der Tagesordnung wurde zunächst der Antrag der badischen Gemeindeverbände behandelt, der die Bestimmung der badischen Verfassung (§ 20), daß Gemeinden, Gemeindeverbände und Kreise bei sie berührenden Angelegenheiten zu hören sind, regeln will durch die Schaffung eines Ausschusses aus Vertretern der Gemeinden.

In Begründung dieses Antrages in Form eines Gesetzentwurfes an die badische Regierung betonte der Referent, Oberbürgermeister Dr. Walz, daß mit dem Ausschuss nicht etwa eine neue Ernte geschaffen werden solle, daß keine Verfassungsänderung geplant sei, sondern lediglich eine Ausführungsbestimmung für ein gesetzlich zuerkanntes Recht geschaffen werden solle. Ein anderer Antrag sieht in dem Entwurf keine geeignete Grundlage für den Ausbau der Gemeinden, wohl aber die Grundlage für neue Konzepte. Dieser Antrag verlangt eine gründliche Reform der badischen Gemeindeordnung. Stadtrat Maier (Heidelberg), der diesen Antrag befürwortete, erwiderte in dem ergrünneten Entwurf den Versuch „zu erörtern“ einer Ersten Kammer und befürwortete eine von ihm ausgehende un demokratische Entwicklung der Selbstverwaltung, vor allem eine Verschleppung der Hauptfrage, nämlich die Gemeinden zu wirklichen Selbstverwaltungskörpern zu machen.

Im Verlaufe der Debatte ergriff auch Innenminister Memmel das Wort, der erklärte, daß, wenn auch in den letzten Jahren 1922-24 manchmal der § 20 der Verfassung nicht genügend respektiert worden sei, keineswegs eine böse Absicht des Staates vorliegen habe; die Eingriffe in die Rechte der Gemeinden fänden vielmehr ihre Erklärung in der Not der Zeit.

Schließlich wurde ein Verfassungsantrag angenommen, und Oberbürgermeister Dr. Kuser (Mannheim), begann sein Referat über

### „Müßigkeit und Ausblick“

wobei er die Lebensverhältnisse der badischen Städte seit der letzten Tagung skizzierte. Erste Gefahren drohen der Gemeindeverwaltung aus der Einstellung der Parlamente. In Baden sei die Selbstverwaltung auch heute noch sehr besetzt. Starke Angriffe gegen sie gingen besonders aus der Wirtschaft aus. Bei politischen Angelegenheiten werde die Sachlichkeit aus Müßigkeit auf die Wähler oft vernachlässigt. Der Redner gab der Hoffnung Ausdruck, daß die innere Kraft der Selbstverwaltung die derzeitigen Krankheitsercheinungen überwinde, und ging dann des Näheren auf gemeindliche Steuerfragen ein. Das Land Baden sei mit der Belastung der Gewerbetriebe durch Realsteuern weit über die anderen Länder hinausgegangen, und den Gemeinden bleibe daher kaum etwas übrig. Ihre Lage sei also eine äußerst schwierige. Die Wirtschaft verlange nun auch die Umwandlung der Objektsteuer in eine Personalsteuer. Dem könne vom Standpunkt der Städte aus nicht zugestimmt werden. Bei der Gebühdensenkung habe das Land reichlich zugestanden, die Gemeinden verschmäht und das, was es so verlor, den Gemeinden an anderer Stelle weggenommen. Der Redner forderte Ausbau des inneren Finanzausgleichs, den das Land durch Übernahme von Teilen der Volksschullasten und der geordneten Fürsorge begonnen habe. Der gegenwärtige Zustand der Finanzregelung könne nicht bestehen bleiben. Zu verbindlichen einheitlichen Richtlinien für alle Länder müsse zurückgekehrt, Verträge gegen Reichsanordnungen vermieden werden. Innenminister Dr. Memmel wandte sich gegen den Tenor der Ausführungen des Redners, die letzten Endes — vielleicht sei es nicht so gemeint — auf eine Reichsunmittelbarkeit der Städte hinausläufen. Auch der Staat habe keine Überfälle an steuerlichen Einnahmen; das sei die Ursache so mancher Mißstände. Der Staat müsse bei seinen Anordnungen Verständnis finden, keinen bedingungslosen Antagonismus.

Landtagsabgeordneter Höhr stellte gegenüber den Ausführungen Dr. Kusers fest, daß seine Partei versucht habe, daß ihr gut Erscheinende in das Gebäudensteuergesetz hineinzubringen, und daß er selbst in seiner Broschüre „Steuerreform 1926“ diese Auffassung verteidigt habe.

Oberbürgermeister Dr. Bender (Freiburg), charakterisierte in seinen Ausführungen über

### das Aufwertungsproblem und die Gemeinden

den Vorgang der „Aufwertung“ als die Festsetzung einer Verteilungsquote für die so geringfügige Masse aus einem riesigen Zusammenbruch. Das dürfe nicht vergessen werden. Die dritte Steuerreformverordnung stellte die Gemeinden dem Reich und den Ländern gleich. Das Anleiheablosungsgesetz vom Juli 1925 hielt diesen Grundgedanken nicht mehr ganz aufrecht. Im Gegensatz zu der engültigen Regelung für Reich und Länder seien die Gemeinden den Ansprüchen der Gläubiger überlassen worden. Man habe sie auch in dem Kampf um die Aufwertung der Sparguthaben hineingezogen. Das Aufwertungsrecht verlange die Berücksichtigung der finanziellen Leistungsfähigkeit des Schuldners, was vielfach nicht berücksichtigt werde. Es bestehe kein Zweifel, daß sich eine erhöhte Aufwendung verhältnismäßig auswirken müsse. Der Redner stellte schließlich folgende Forderungen auf: Verschleppung der Entscheidung über die Städteanleihe, Festsetzung einer Tilgungsfrist von 30 Jahren und freie Hand für die Wohltätigkeit der Städte gegenüber ihren verarmten Gläubigern, die ihrer Betreuung als Meinerkener unterliegen.

Landtagsabgeordneter Oberbürgermeister Günbert (Forstheim) verteidigte in der Debatte einen im Landtag eingebrachten Antrag auf Neuregelung der Aufwertung, was Minister Dr. Memmel als ein sehr gefährliches Spiel bezeichnete. Für eine Neuregelung sprach sich Stadtrat Herrmann (Karlsruhe)

aus, während Oberbürgermeister Dr. Bender nochmals seinen ablehnenden Standpunkt präziserte.

Die Tagung wurde bereit am Donnerstag mit einer Vorstellung im Stadttheater und danach einem geselligen Zusammensein in der Alten Bursche eingeleitet. Bei dem gemeinsamen Mittagessen im „Jägerhof“, dankte der Vorsitzende, Oberbürgermeister Dr. Walz (Heidelberg) in seiner Tischrede der Stadt Freiburg für ihre gastliche Bewirtung. Oberbürgermeister Bender (Freiburg) ließ Baden und seine Regierung hochleben.

### Die Werbetätigkeit für den Fremdenverkehr im Badnerland

(Zur Tagung des Badischen Verkehrsverbandes in Titisee)

Am kommenden Sonntag tritt der Landesauschuss des Badischen Verkehrsverbandes zu einer Sitzung zusammen. Die große Erweiterung des Aufgabensfeldes, die dem Badischen Verkehrsverband, der im letzten Jahre auf sein 20-jähriges Bestehen zurückblicken konnte, in der letzten Zeit gebracht wurde, bedingt die Abhaltung von diesen Arbeitssitzungen in regelmäßiger Folge, in denen in gemeinsamer Aussprache immer neue Wege zur Durchführung einer produktiven Werbetätigkeit für unser Badnerland gesucht werden sollen. Der Zusammenfluß der zahlreichen in unserer Heimat an der Hebung des Fremdenverkehrs interessierten Organisationen und Körperschaften in einer strengen Landesorganisation hat die ideellen und praktischen Erfolge einer intensiven Werbetätigkeit gerade in der Zeit der wirtschaftlichen Depression immer mehr hervortreten lassen. Der Badische Verkehrsverband repräsentiert heute mit der großen Zahl seiner Mitglieder, die sich aus den regionalen Verkehrsorganisationen, aus öffentlichen Körperschaften, Handelskammern, Reichsbahndirektion, Oberpostdirektion usw. zusammensetzen, einen Faktor, dessen Tätigkeit unsere badischen Verkehrsinteressen bedeutend befördert und auch für die Gestaltung der deutschen Verkehrsinteressen von nicht geringem Einfluß ist.

Dem Tätigkeitsbericht des Badischen Verkehrsverbandes entnehmen wir folgendes:

Die Entwicklung des Verkehrswesens in Baden bedingte notwendigerweise auch einen Ausbau der inneren Organisation, mit der räumlichen Ausdehnung der Geschäftsstelle, die in das Badelstammerngebäude, ins frühere Prinz-Max-Palais in Karlsruhe verlegt wurde, war die Einrichtung einer besonderen Pressestelle verbunden. Auch während der Wintermonate wurde eine umfangreiche Werbetätigkeit fortgesetzt. Die vorzüglichen Terraingestaltungen des Schwarzwaldes zur Ausübung des Wintersports verlangte nach dieser Richtung eine intensive Propaganda. An Werbeprospektiven wurde ein künstlerischer „Schwarzwaldwinter“ herausgegeben, dem eine Preisliste für den Winteraufenthalt in den Kurorten und Sportplätzen des Schwarzwaldes beigelegt war. Durch Veröffentlichung von Artikeln und Notizen in der Presse wurde weiter die Anzeigenkategorie wirksam ergänzt, die durch den Versand von 3000 Werbeprospektiven und durch die Bekanntmachung der zahlreichen Wintersportveranstaltungen in der Presse erweitert wurde. Ein besonderer Winternachrichtendienst unterrichtete in allen Gegenden Deutschlands über die Schneeverhältnisse im Badnerland. Die Feiertage am Weihnachts- und Neujahr brachten eine beträchtliche Steigerung des Reiseverkehrs in unser Land; die von Berlin aus geführten Winterferienzüge waren durchweg ausverkauft.

Neben dieser Werbung gehört stets die Vertretung der verschiedenen Verkehrsinteressen der zahlreichen Bad- und Verkehrsorganisationen zu den Aufgaben des Verbandes. So wurde die Frage der Beschaffung der Hotelkarte, der Bahn- und Stimmfragen und der Regelung des Grenzverkehrs mit dem Elsaß weiterhin Beachtung geschenkt und diese Angelegenheiten bei den maßgebenden Behörden vertreten. Entsprechende Berücksichtigung fanden ferner die Landstraßenreparatur, Straßenarbeiten und Wegmarkierung. Das große Projekt einer Fernautofahrt „Samburg—Genoa“ wurde selbstverständlich in den Aufgabenskreis des Verbandes einbezogen; der Verband trat dem in Frankfurt gegründeten Verein „Samburg“ als Mitglied bei.

Ein wichtiges Kapitel für die Ausgestaltung des Verkehrswesens bildeten von jeher die Eisenbahnfragen. Manche Gärten brachte unserer Zugverkehr die Einschränkung des Winterfahrplans, bei denen die Anträge nach Wälderung und nach Wiedereinführung wichtiger in Wegfall gekommener Verbindungen unbedingt berücksichtigt waren. Hier griff der Badische Verkehrsverband ein und vertrat bei der Reichsbahndirektion die zahlreichen Beschwerden und Klagen der badischen Verkehrsorganisationen. Es wurde ferner angeregt, während der stärkeren Verkehrszeiten über Weihnachten, Ostern und Pfingsten einen Teil der bisher üblichen Doppelzüge durch Schaffung neuer Fahrpläne zu ersetzen, um dadurch bestehende Fahrpläne auszufüllen. In besonderen Eingaben wurde ferner die Einführung von ermäßigten Fahrpreisen für mehrere Fahrten und die erleichterten Abfertigungen von Winterportgästen, ähnlich wie bei den Fahrplänen gewünscht. Auch um die beschleunigte Durchführung der Elektrifizierung der badischen Bahnstrecken nahm sich der Badische Verkehrsverband an. Leider ist der Stand dieser Angelegenheit bisher nicht günstig gefäkt. Die Eröffnung der neuen Bahnlinien im Neckartal und Dreieckengebiet im südlichen Schwarzwald bot Anlaß, diese dem Verkehr neu erschlossenen Gebiete durch Aufklärung in der Presse im weitesten Maße bekannt zu machen. Über die Eröffnung neuer Kraftwagenlinien, über die Einstellung und Wiederaufnahme des Betriebes wurde die Öffentlichkeit laufend unterrichtet. Der Mangel einer Fremdenverkehrsstatistik in Baden macht sich bei der Ausdehnung unseres Verkehrsnetzes immer mehr geltend.

Sämtliche Verkehrsfragen des Landes werden in einer eigenen Verkehrskorrespondenz, die sich der Verband seit etwa einem Jahre in den regelmäßigen wöchentlich einmal erscheinenden „R. B. Nachrichten“ geschaffen hat, objektiv und eingehend behandelt. Das Material findet in den größten Tageszeitungen und Verkehrszeitschriften Beachtung. Bei dieser Gelegenheit darf der Presse für ihre tatkräftige Unterstützung der Dank des Badischen Verkehrsverbandes ausgesprochen werden. Die redaktionelle Werbetätigkeit im Badnerland wird in der nächsten Zeit durch Erscheinen einer neuen Zeitschrift erweitert werden.

Auch das Werbeprogramm für dieses Jahr bewegt sich in großzügigen Bahnen. Die Auflage des Wegweisers und Gostführers durch das Badnerland erfährt eine bedeutende Erhöhung; eine besondere Werbung wird durch den Vertrieb dieser Schrift in den Reisekreisen Deutschlands entfaltet werden. Werbeflugblätter über die Vorzüge eines Frühlings- und Herbstaufenthaltes im Badnerland gelangen in größeren Auflagen zur Verbreitung; ein literarischer Wettbewerb soll das schreibende Deutschland zur stilistischen Arbeit über unser Gebiet anregen und ein photographisches Preisausschreiben wird dem Bildarchiv des Verbandes neue landschaftliche Motive unsere Heimat bringen. Daneben gelangen Druckstücke über spezielle Fragen zum Vertrieb; die Fremdenwerbung durch den Film wird in dem vorzüglichen Filmwert der

Reichsbahndirektion Karlsruhe „Sommer über den Schwarzwald zum Baden“ fortgesetzt.

Aus diesem in großen Zügen mitgeteilten Tätigkeitsbericht, der auf der Tagung des Landesauschusses in Titisee zur Besprechung gelangt, ergibt sich, daß der Badische Verkehrsverband mit den ihm zur Verfügung stehenden Mitteln für die Fremdenverkehrsinteressen des Badnerlandes wertvolle Pionierarbeit geleistet hat.

Ausbau der städtischen Handelsschule Offenburg. Der Stadtrat Offenburg hat den Ausbau der städtischen Handelsschule zu einer höheren Handelsschule auf Ostern 1927 beschlossen. Dem Bürgerausschuss soll alsbald eine entsprechende Vorlage zugehen.

### Aus der Landeshauptstadt

Badisches Landestheater. Die Neueinstudierung von Meyerbeers „Eugénie“ bringt das Werk in der vieraktigen Fassung, wie sie in letzter Zeit an den größeren Bühnen, vor allem an der Wiener Staatsoper, üblich ist. Die szenische Leitung strebt eine tunlichste Vereinfachung in der ganzen Anlage der Einstudierung an, die unserem heutigen Zeitalter mehr entspricht, als jener Prunk und Massenaufwand der Entstehungszeit. Die Hauptrollen sind wie folgt besetzt: Valentine: Heddy Tracema-Brügelmann, Margarete: Mary von Ernst, Rago: Elise Planz, Raoul: Wilhelm Kuntz, St. Bris: Walter Warth a. G., Nebers: Rudolf Beyrauch, Marcel: Dr. Hermann Wäckerling. Die Aufführung beginnt um 6 1/2 Uhr. — Zur Zeit wird als nächste Aufführung die Oper „Der kleine Klaus“ vorbereitet. Dichtung und Musik stammen von dem Karlsruher Komponisten Arthur Kusterer, dessen „Casanova“ bereits über die Bühne des Landestheaters gegangen ist. Das nächste Volks-Sinfoniekonzert findet am 17. Januar in der Festhalle unter Leitung von Dr. Heinz Knoll statt. Zur Aufführung gelangen die selten gehörte VI. Sinfonie (Pastorale) und die VII. Sinfonie von Beethoven. Beginn 8 Uhr. — Das nächste, VI. Sinfoniekonzert des Landestheaters, das unter der Leitung des Direktors der Wiener Staatsoper, Professor Franz Schalk stattfindet, bringt Gustav Mahlers „Lied von der Erde“ (Solisten: Magda Straß und Robert Bus) und des einheimischen Komponisten Nikolai Kopatnikoffs „Klavierkonzert“ (Solist: Hans Bruch, Mannheim).

Winternachrichtendienst der Bad. Landeswetterwarte Karlsruhe. Das unbeständige, für die Jahreszeit milde Wetter, hielt auch gestern bei uns an. Auf dem Schwarzwald kam es zu ergiebigen Schneefällen, die die vorhandene Schneedecke um etwa 10 Zentimeter erhöhten. Im Feldberggebiet liegt heute stellenweise nahezu 1 Meter Schnee. Auf der Rückseite des bei England liegenden und sich langsam auffüllenden Wirbels ist wieder ein Schwall polarer Luft eingebrochen, der auch bei uns vorübergehende Abkühlung mit weichen Schneefällen bei mäßigem Frost im Gebirge bringen wird. In den tieferen Lagen werden die Temperaturen über 0 bleiben. Voraussichtliche Witterung für Sonntag: Fortdauernd unbeständig mit vorübergehenden Aufhellungen, vorübergehend etwas kühler, Gebirge weitere Schneefälle und mäßiger Frost.

### Kurze Nachrichten aus Baden

Dr. Ortenberg (bei Offenburg), 15. Jan. Heute Nacht gegen 12 Uhr brach in Ortenberg im Sägewerk des Emil Huber, Oppenau, Feuer aus, das bei den reichen Holzvorräten rasch um sich griff. Von der Sägemühle, in der sich große Holzvorräte befanden, war nichts mehr zu retten. Die Feuerwehr beschränkte sich auf die Abwehr des Feuers vor den umliegenden Gebäuden und den übrigen Holzvorräten. Das Sägewerk wurde im Jahre 1908 erbaut.

Dr. Todtmoss, 14. Jan. Seit einigen Tagen sind etwa 100 Arbeiter damit beschäftigt, die durch das Wehratal nach Todtmoss führende Straße von Schnee und Eis zu befreien, um den Verkehr wieder ohne Hemmnisse durchführen zu können. Man erwägt in zuständigen Kreisen, ob sich nicht die Freibaltung der Straße zur Winterzeit durch maschinelle Kräfte besorgen läßt.

Dr. Beuron, 14. Jan. Am Dienstag fuhr der Erzabt nach Hamburg, wo er sich zu einer Amerikareise einschiffen wird. Die Reise dürfte in erster Linie dem Besuche der beiden amerikanischen Schwesterkongregationen gelten, von denen verdienstvolle Vertreter im verfloffenen Jahre hier weilten. Es sollen hierdurch besonders die Beziehungen zu den dortigen Benediktinermissionen enger geknüpft werden.

Dr. Landau, 15. Jan. Von Eisenbahnern ist kürzlich festgestellt worden, daß auf dem Bahnkörper der Strecke Landau-Zweibrücken in allernächster Nähe der von der französischen Besatzung benutzten früheren 18er Kasernen fünf große Zementrohre lagen. Die sofort angestellten Ermittlungen ergaben, daß zahlreiche Fußspuren, die von genagelten Schuhen herrührten zur Mauer der französischen Kasernen führten. Da auch ein Polizeihund die Fährte zu der Mauer verfolgte, steht es außer allem Zweifel, daß die Täter französische Soldaten waren, die nachts über die Kasernenmauer gestiegen sind. Der französischen Besatzungsbehörde wurde Anzeige erstattet.

### Handel und Wirtschaft

#### Berliner Devisennotierungen

	15. Januar		14. Januar	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam 100 G.	168.24	168.66	168.13	168.55
Kopenhagen 100 Kr.	112.14	112.42	112.16	112.44
St. Petersburg 100 R.	18.30	18.34	18.40	18.44
London 1 Pf.	20.421	20.473	20.411	20.463
New York 1 D.	4.209	4.219	4.207	4.217
Paris 100 Fr.	16.735	16.775	16.72	16.76
Schweiz 100 Fr.	81.09	81.29	81.085	81.285
Wien 100 Schilling	89.32	89.46	89.305	89.445
Prag 100 Kr.	12.462	12.502	12.458	12.498

Tabakverkäufe in Mittelbaden. In den letzten Tagen wurden in verschiedenen Orten Mittelbadens Tabakverkäufe getätigt. In Lichtenau wurden 45 Zentner verwoogen, die zum Preise von 65 M. pro Zentner nach Bruchsal verkauft wurden. Von Scherzheim aus gingen ca. 200 Zentner ebenfalls nach Bruchsal, und zwar zum Preise von 64 M. pro Zentner. Auch in Helmlingen ist der größte Teil der Ernte, ca. 180 Zentner, verkauft. Hier erlöste man für den Zentner 63 M. Die Ware war im allgemeinen von guter Qualität.

Regelschäden. Die Handelskammer Koblenz weist darauf hin, daß das Reich die beim Betrieb der französisch-badischen Eisenbahnzüge entstandenen Sachschäden, soweit sie bisher noch nicht abgegolten sind, unter gewissen Voraussetzungen ersetzt. Die Anträge müssen bis spätestens Ende dieses Monats eingereicht sein. Nähere Auskunft erteilen die Handels-, Gewerbe- und Landwirtschaftskammern.

Badisches Landestheater Karlsruhe

Montag, den 17. Januar 1927

In der Städtischen Festhalle

W. Volks-Sinfonie-Konzert

des Badischen Landestheater-Orchesters

Leitung: Dr. Heinz Knoll

Beethoven:

VI. Sinfonie op. 68

VII. Sinfonie op. 92

Anfang 8 Uhr

Ende 10 Uhr

Saal I. Abteilung Nr. 3.

COLOSSEUM

Tägl. abends 8 Uhr, Sonntags 4 u. 8 Uhr

Die große Revue

Das Champagnergirl

mit den reizenden Lilliputanern 51



Billige Bettfedern

Nur gut füllende Sorten... 1 Pfd. graue gefüll. M. 1.50, halbt. M. 2.00, weiße M. 2.50, bessere M. 3.00-3.50, bauneweiche M. 4.00-5.00, beste Sorte M. 6.00-7.00, halbtweiße ungefüllte Kopffedern M. 3.00, weiße M. 3.75, 4.75, beste Sorte M. 5.50.

Benedikt Sackel, Marburg (Lahn) Nr. 257.

An allen Orten

mit Ausnahme der Stadt Karlsruhe suchen wir für unsere Kleinlebensversicherung mit Einheitsprämie und Altersversorgung sowie für unsere Großlebensversicherung mit neuesten Tarifen

selbst. Platz- oder Generalvertreter unter günstigen Bedingungen auf Direktionsvertrag. Fordern Sie unsere Drucksachen ein. Zuschriften erbeten unter Ta. T. 2252 an Rudolf Mosse, Berlin W 50, Tauentzstraße 2.

Einladung.

Die Herren Mitglieder der Badischen Anwaltskammer werden zur

ordentlichen Kammerversammlung

auf Sonntag, den 30. Januar 1927, vormittags 10 Uhr in das Justizgebäude zu Karlsruhe, Hans Thomastraße Nr. 7 (Schwurgerichtssaal) ergebenst eingeladen.

Die vom Vorstand zu stellende Rechnung liegt für die Kammermitglieder während einer Woche vor der Versammlung auf dem Anwaltszimmer ebenfalls selbst auf.

Die lokalen Anwaltsvereine werden ersucht, die Herren Kollegen ihres Bezirkes noch besonders schriftlich einzuladen.

Im Anschluß an die Versammlung gemeinsames Mittagessen. Karlsruhe, den 20. November 1926. Der Vorstand der Badischen Anwaltskammer: Dr. Dieck, Vorsitzender.

Tagesordnung:

- 1. Bericht des Vorsitzenden über die Tätigkeit des Vorstandes in der Zeit vom 1. Januar 1926 bis 31. Dezember 1926. 2. Rechnungslegung. 3. Entlastung des Vorstandes. 4. Festsetzung des Jahresbeitrages zur Kammerkasse 1927 einschließlich des erhöhten Beitrages zur Leipziger Hilfskasse mit 50.- RM., je nach der Einstufung des Mitgliedes auf 60, 80, 100 RM. 5. Bewilligung von 4000 RM. zur Unterstützung von bad. Rechtsanwälten und deren Hinterbliebenen. 6. Änderung der §§ 3 und 12 der Geschäftsordnung durch Zulassung der Wahlen durch Zuzug, sofern kein Widerspruch erfolgt. 7. Versicherung der Rechtsanwälte. Referent: Kollege Dr. Fr. Fürst-Karlsruhe. 8. Wagnadigung in Ehrengerichtssachen. Referent: Kollege Dr. Sinauer-Freiburg. 9. Strafenystem der Rechtsanwaltsordnung und Zusammenfassung des Ehrengerichtshofes. Referenten: Kollegen Kusel und Dr. Fr. Fürst-Karlsruhe, Dr. Ebertsheim und Karl Kauffmann-Mannheim. 10. Verschiedenes.

Frauenarbeitschule

(Gewerbliche Unterrichtsanstalt mit Internat) Karlsruhe (Baden) Gartenstraße 47

Am Oftern (25. April) findet der Eintritt für fortbildungspflichtige Mädchen in die Berufsausbildung statt:

Ausbildung für die eigene Hauslichkeit, Dauer 1 bis 2 Jahre, Vorbildung für das Handarbeitslehrerinnenseminar, Dauer 1 Jahr, Gewerbliche Ausbildung für Weibhüterinnen, Schneiderinnen, Stickerinnen, Dauer 3 Jahre und für die häuslichen Erwerbsberufe für Zimmermädchen, Kammerjungfern, hauswirtschaftliche Stützen, Dauer 1-2 1/2 Jahre.

Internat für auswärtige Schülerinnen. Sorgfältige Erziehung und Pflege. 6.89

Schulungen und Auskult gegen Einfindung von 0.30 RM. durch die Vorsteherin Fräulein Josefine Mayer. Anmeldungen täglich von 11-5 Uhr bis spätestens 1. Februar.

Badischer Frauenverein vom Roten Kreuz Karlsruhe. Landesvorstand.

Badische Bank

Mannheim — Karlsruhe

Hinterlegungsstelle für Mündelvermögen.

Jetzt ist der richtige Zeitpunkt Ihre Zeitschriften neu zu abonnieren

Denken Sie dabei für Gattin und Kind wie auch für Ihren eigenen Bedarf, je nachdem an:

- Neue Frauenkleidung und Frauenkultur. Zeitschrift für persönliche künstlerische Kleidung, Körperkultur und Kunsthandwerk. 22. Jahrgang 1925. Illustriert., Erscheint monatlich. Einzelheft M. 1.20, Halbjahr M. 6.—. Gymnastik. Monatszeitschrift und Mitteilungsblatt des deutschen Gymnastik-Bundes E. V. Einzelheft M. 0.60, Halbjahr M. 3.—. Erscheint vorerst in Doppelheften zweimonatlich. Badische Rechtspraxis. Annalen der Badischen Gerichte. 92. Jahrgang 1926. Herausgegeben von Landgerichtsdirektor Dr. R. Lutz und Rechtsanwalt Dr. R. Strauß. Erscheint monatlich. Einzelheft M. 1.20, Halbjahr M. 6.—. Betriebsführung. Mitteilungen des Forschungsinstituts für rationelle Betriebsführung im Handwerk, E. V. in Karlsruhe. Erscheint monatlich. Einzelheft M. 0.80, Halbjahr M. 4.—. Ethos. Vierteljahrsschrift für Soziologie, Geschichte- und Kulturphilosophie. 1. Jahrgang 1925. 4 Hefte. Einzelheft M. 5.50, Halbjahr M. 9.—. Zeitschrift für die Geschichte des Oberrheins. Herausgegeben von der Badischen Historischen Kommission. Jeder Jahresband erscheint in 4 Hefen. Heft 1 des 40. Bandes liegt vor. Einzelheft M. 4.—. Komplet M. 16.

Diese Zeitschriften unterscheiden sich von dem Gros der Unterhaltungsblätter und populären Fachzeitschriften in ihrem wirklich ernsthaften Charakter bei hohem Bildungswert. Probenummer kostenlos. Verlag G. Braun, Karlsruhe

Öffentliche Verbandssparkasse Meersburg.

Geschäftsbericht für 1925.

Table with columns: Vermögen, Schulden, and their respective values in RM. Total assets: 343 587.50. Total liabilities: 343 587.50.

Meersburg, den 13. Januar 1927.

Der Verwaltungsrat: Dr. Rolf.

Der Geschäftsleiter: Zwid.

Gesuch des Hermann Rühmann, Metzger und Wirt in Söllingen, um Erlaubnis zur Erstellung und zum Betrieb einer Schlachttüte in seinem Anwesen in Söllingen.

Der Metzger und Wirt Hermann Rühmann in Söllingen hat um die Erlaubnis zur Erstellung und zum Betrieb einer Schlachttüte in seinem Anwesen in Söllingen nachgesucht.

Etwaige Einwendungen gegen das geplante Unternehmen sind innerhalb 14 Tagen vom Tage dieser Bekanntmachung an gerechnet, schriftlich oder zu Protokoll beim Bezirksamt Karlsruhe oder beim Bürgermeisterrat Söllingen vorzubringen, widrigenfalls alle nicht auf privatrechtlichen Titeln beruhenden Einwendungen als verjährt gelten.

Die Pläne liegen während der 14-tägigen Einspruchsfrist beim Bezirksamt Karlsruhe — Zimmer Nr. 55 — und beim Bürgermeisterrat Söllingen zur Einsicht offen. Karlsruhe, den 18. Jan. 1927. Bezirksamt Abt. IIb.

Die Bekämpfung der Maul- und Klauenseuche. Die Maul- und Klauenseuche in Späth ist erloschen. Die angeordneten Schutzmaßnahmen werden aufgehoben. Karlsruhe, den 18. Jan. 1927. Bezirksamt Abt. IIb.

Arbeitsvergebung. Für die Erweiterung der Maschinenbauabteilung der Techn. Hochschule, Hörsaalbau mit Kraftwagenlaboratorium sowie der elektr. Zentrale für die Umformertation werden die Entwässerungsarbeiten nach den Bestimmungen des Finanzministeriums v. 27. Juli 1922, 22. Juli 1924 und 12. März 1926 öffentlich vergeben. Zeichnungen und Bedingungen liegen vom 14. Januar 1927 bis einschl. 24. Januar 1927 auf unserem Geschäftszimmer, Stephanienstr. 28, während der üblichen Dienst-

Detektiv-Privat-Rückunft Argus Mannheim. 3.589. Karlsruhe. Das Konturverfahren über das Vermögen des Friedrich Hintermayer, Kohlenhändler in Karlsruhe, Erbprinzenstraße 17, wurde mangels Masse eingestellt. Karlsruhe, den 12. Januar 1927. Gerichtsschreiber Bad. Amtsgericht A. 3.

Stunden zur Einsichtnahme auf. Versand von Angeboten nach auswärtigen und Abgabe von Zeichnungen erfolgt nicht. Angebote verschlossen mit entsprechender Aufschrift versehen bis zur Eröffnung am 25. Januar 1927, vorm. 10 Uhr. Karlsruhe, 12. Jan. 1927. Bezirksbauamt.

Das Stoffamt der Reichsbahnverwaltung Karlsruhe versteigert Donnerstag, 20. Januar 1927, vorm. 8 Uhr beginnend, gegen Barzahlung im Gerätehausplatz Karlsruhe alter Personenhöf., Eing. Müppurverstraße alte Geräte, darunter: Tisch (obaler Verhandlungstisch), Bänke, Spiegel, Schränke (eif. u. hölzerner), Hobelbänke, Werkbänke, Schraubstöcke, Ambosse, Hebezeuge, Binben, Dejmaltwagen, Karren, Federbetten, Bodenläufer, Wolldecken, Abfallholz, Almetalle. 3.588

Die Grab-, Beton- u. Mauerarbeiten, Steinhauer-, Zimmer-, Schmiebe-, Flechner- u. Dachdeckerarbeiten sowie die Balzseifenlieferung für den Neubau von 2 Wohngebäuden (je 6 Dreizimmerwohnungen) in Singen (S.) an der Hegaustraße nach den vorläufigen Verhandlungsbedingungen vom 1. Juni 1924 öffentlich zu vergeben. Pläne und Bedingungen liegen bei uns und auf dem Baubüro im neuen Ortsbürgerbahnhof Singen zur Einsicht auf. Dasselbst Abgabe der Angebotsordrude gegen Vergütung. Angebote sind verschlossen, portofrei, mit entsprechender Aufschrift versehen, bis zum Eröffnungstermin am 27. Januar 1927, nachm. 4 1/2 Uhr, an die unterzeichnete Stelle einzureichen. Zuschlagsfrist 3 Wochen. Bauinspektion Kottburg, 3.595

Rechtsregister. Mannheim. 3.596 Zum Rechtsregister Band X. O.-B. 91, wurde heute eingetragen: „Landesverband Baden im Reichsverband des Deutschen Gartenbaues“ in Mannheim, 11. 1. 1927. Amtsgericht F. O. 4.

Residenz-Lichtspiele Waldstraße 78 Ben Hur

Fabrik für Post- u. Eisenbedarfs sucht Vertreter welcher mit der Materie vertraut ist, zum Besuch der Behörden, Elektrizitäts- und Wasserwerke. Zuschrift unter Angabe der bisherigen oder sonstigen Tätigkeit unter G. 90 an die Expedition der Karlsruher Zeitung erbeten.

Im Städt. Konzerthaus Sonntag, 16. Jan. 1927 Zum erstenmal Nur kein Standa! von Karl Müller-Rugila In Szene gesetzt von Dr. Gerhard Storz

Greindel Frolde Efriede Rungemann Gullasia Elli Bassett Diane Hüpflein Schapper Jeanette Freijeule Kellner Anfang 7 1/2 Ende geg. 10 I. Parkett R. 4.20

Ludwig Schweisgut Karlsruhe i. B. Erbsprinzenstraße 4 beim Rondellplatz Flügel Pianinos 759 Harmoniums Nur beste Fabrikate Sehr mäßige Preise Umtausch alter Klaviere

Les Bücher Wissen ist Macht!



Badisches Landestheater

Sonntag, 16. Januar 1927

Nachmittags

7. Vorstellung der Sondermiete für Auswärtige

Die Hamburger Filiale

von Curt Kraak u. Max Real

In Szene gesetzt v. Dr. Storz.

Müller Müller

Annalie Center

Annemarie Moest

Senator Andersen Höder

Mag Bodz

Jrene Rademacher

Neumann Kloebe

Cohnlein Brand

Diego Hernaez Zeigeb

Giebrecht Metz

Krohnberg Meier

Witt Silber

Witt Silber

Witt Silber

Witt Silber

Witt Silber

Witt Silber

Witt Silber

Witt Silber

Witt Silber

Witt Silber

Witt Silber

Witt Silber

Witt Silber

Witt Silber

Witt Silber

Witt Silber

Witt Silber

Witt Silber

Witt Silber

Witt Silber

Witt Silber

Witt Silber

Witt Silber

Witt Silber

Witt Silber

Witt Silber

Witt Silber

Witt Silber

Witt Silber

Witt Silber

Witt Silber

Witt Silber

Witt Silber

Witt Silber

Witt Silber

Witt Silber

Witt Silber

Witt Silber

Witt Silber

Witt Silber

Witt Silber

Witt Silber

Witt Silber

Witt Silber

Witt Silber

Witt Silber

Witt Silber

Witt Silber

Witt Silber

Witt Silber

Witt Silber

Witt Silber

Witt Silber

Witt Silber

Witt Silber

Witt Silber

Witt Silber

Witt Silber

Witt Silber

Witt Silber

Witt Silber

Witt Silber

Witt Silber

Witt Silber

Witt Silber

Witt Silber

Witt Silber

Witt Silber

Witt Silber

Witt Silber

Witt Silber

Witt Silber

Witt Silber

Witt Silber

Witt Silber

Witt Silber

Witt Silber

Witt Silber

Witt Silber

Witt Silber

Witt Silber

Witt Silber

Witt Silber

Witt Silber

Witt Silber

Witt Silber

Witt Silber

Witt Silber

Witt Silber

Witt Silber

Witt Silber

Witt Silber

Witt Silber

Witt Silber

Witt Silber

Witt Silber

Witt Silber

Witt Silber

Witt Silber

Witt Silber

Witt Silber

Witt Silber

Witt Silber

Witt Silber

Witt Silber

Witt Silber

Druck G. Braun, Karlsruhe.